Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 305. Freitag den 1. November 1889. 83. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Das **10. Stück** des diesjährigen **Gesetz- und Verordnungsblattes** für das **Königreich Sachsen** ist bei uns eingegangen und wird **bis zum 15. November d. Js.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich ausgehangen.

Dasselbe enthält:

Nr. 41. Verordnung, die Enteignung von Grundeigenthum für Erweiterung der Eisenbahnstrecke Kleinschirma-Oederan betreffend; vom 25. September 1889.
„ 42. Verordnung, die Enteignung von Grundeigenthum zu Erbauung einer schmalspurigen Secundäreisenbahn von Mügeln durch das Müglitzthal nach Geising betreffend; vom 30. September 1889.
„ 43. Verordnung, die zweite juristische Staatsprüfung betreffend; vom 11. October 1889.
„ 44. Bekanntmachung, die Versammlung der Stände des Königreichs Sachsen zum nächsten ordentlichen Landtag betreffend; vom 11. October 1889.

Leipzig, den 30. October 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Für Michaelis d. J. sind 4 Ausstattungsspenden im Betrage von 77 ℳ 25 ₰, 67 ℳ 55 ₰, 40 ℳ 64 ₰ und 40 ℳ 56 ₰ an hiesige arme unbescholtene Frauen, welche sich in der Zeit zwischen Michaelis vorigen und Michaelis dieses Jahres verheirathet haben, von uns zu vergeben. Die Spende von 40 ℳ 64 ₰ kann nur an ehelich Geborene, die von 40 ℳ 56 ₰ nur an hiesige Bürgerstöchter vergeben werden. Gesuche sind unter Beifügung der Eheschließungsbescheinigung, eines von zwei hiesigen Bürgern bei Bürgerspflicht ausgestellten Zeugnisses über die Unbescholtenheit und Bedürftigkeit der Bewerberin und einer Geburtsbescheinigung bis zum 15. November d. J. auf dem Rathhause, 1. Obergeschoß, Zimmer 11, einzureichen.

Leipzig, am 14. October 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung,

die Zählung leerstehender Wohnungen betr.

Wie alljährlich, soll auch in diesem Jahre am 1. November ein Zählung der leerstehenden Wohnungen und Geschäftslocale durch unser statistisches Amt vorgenommen werden.

Wir fordern demgemäß die Herren Hausbesitzer und Hausverwalter auf, die ihnen zugehenden Formulare vollständig und richtig auszufüllen und zur Wiederabholung nach 3 Tagen bereit zu halten.

Leipzig, den 21. October 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
St. A. 1192. Dr. Georgi. Dr. Hasse.

Bekanntmachung.

Am 1. November dieses Jahres
ist in unserem Stadtbezirke **Leipzig-Reudnitz** der **2. Termin** der Gemeinde-Einkommensteuer auf das Steuerjahr 1889 fällig.

Die Beitragspflichtigen werden deshalb aufgefordert, ihre Steuerbeträge **spätestens binnen 3 Wochen,** von dem Fälligkeitstage ab gerechnet, an unsere Steuerhebestelle in Leipzig-Reudnitz, Rathhaus, **bei Vermeidung der nach Ablauf dieser Frist gegen die Säumigen** eintretenden gesetzlichen Maßnahmen zu bezahlen.

Leipzig, den 28. October 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Koch.

Bekanntmachung.

Hierdurch bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß von dem **„Bebauungsplane für den Stadtbezirk Reudnitz"** neue lithographische Vervielfältigungen, und zwar in 12 einzelnen Sectionen, angefertigt worden und zum Preise von 1 ℳ 50 ₰ für die Section bei unserer Tiefbauverwaltung (Rathhaus 2. Etage, Zimmer Nr. 23) zu haben sind.

Leipzig, den 28. October 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 5170. Dr. Georgi. Großer, Aff.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß aus gesundheitspolizeilichen Gründen folgende öffentliche Brunnen in unserem Stadtbezirk Reudnitz geschlossen und dem öffentlichen Gebrauche entzogen worden sind:

1) in der Kohlgartenstraße, Ecke der Leipziger Straße,
2) in der Kohlgartenstraße, zwischen Gemeinde- und Rathhausstraße,
3) an der Kirche,
4) in der Gutenbergstraße.

Leipzig, den 30. October 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 6934. Dr. Georgi. Großer, Aff.

Fichten-Deckreisig.

Vom Forstrevier Connewitz werden
ca. **200 Raummeter Deckreisig** à 1,50 ℳ
abgegeben.

Anmeldungen sind an den Herrn Revierförster Schönherr in **Connewitz** zu richten.

Leipzig, am 28. October 1889.

Des Raths Forstdeputation.

Bekanntmachung.

Die Quartier-Entschädigung für die vom 21. bis 22. August und beziehentlich 11. bis 12. September dieses Jahres hier einquartiert gewesenen Unteroffiziere und Mannschaften kann in der Zeit

vom 4. bis 11. November dieses Jahres

gegen Rückgabe des Quartierbilletes im Armenamte, Parterrezimmer Nr. 1, während der gewöhnlichen Cassenzeit (9—1, 3—5 Uhr) erhoben werden.

Gohlis, am 28. October 1889.

Der Gemeindevorstand.
Singer. Vogt.

Bekanntmachung,

die Einkommensdeclaration betreffend.

Aus Anlaß der im Laufe des nächsten Jahres stattfindenden allgemeinen Einschätzung zur Einkommensteuer werden zur Zeit Aufforderungen zur Declaration des steuerpflichtigen Einkommens ausgesendet.

Denjenigen, welchen eine derartige Aufforderung nicht zugesendet werden wird, steht es frei, eine Declaration über ihr Einkommen bis

zum 15. dieses Monats

bei dem unterzeichneten Gemeindevorstande einzureichen.

Zu diesem Zwecke werden bei Letzterem Declarationsformulare unentgeltlich verabfolgt.

Ersuchtig werden alle Vormünder, ingleichen alle Vorsteher von Stiftungen, Kassalien, Personenvereinen, liegenden Erbschaften und anderen mit dem Rechte des Vermögenserwerbs ausgestatteten Vermögensmassen aufgefordert, für die von ihnen bevormundeten Personen beziehentlich für die von ihnen vertretenen Stiftungen, Kassalien rc., soweit dieselben ein steuerpflichtiges Einkommen haben, Declarationen bei dem unterzeichneten Gemeindevorstande auch dann einzureichen, wenn ihnen deshalb besondere Aufforderungen nicht zugehen sollten.

Gohlis, am 1. November 1889.

Singer,
Gemeindevorstand.

Leipzig, 1. November.

* Die Nachricht, daß der Reichskanzler Fürst von Bismarck in den nächsten Tagen in Berlin eintreffen werde, wird officiös als nicht zutreffend bezeichnet; im Gegentheil wird in Kreisen, welche am ehesten über die Reisedispositionen des Reichskanzlers unterrichtet sein können, angenommen, daß derselbe vor der Hand noch längere Zeit in Friedrichsruh verbleiben, jedenfalls aber vor der Rückkehr des Kaisers nicht nach Berlin kommen werde.

* Der Unterstaatssecretair des Auswärtigen Amts, Graf Berchem, ist wieder in Berlin eingetroffen und wird am 1. November die Leitung der Geschäfte des Amts bis zur Rückkehr des Staatssecretairs Grafen Herbert v. Bismarck übernehmen.

* Entsprechend dem Wunsche des Kaisers soll nunmehr dem Reichstage, wie der „Magdeburgischen Zeitung" geschrieben wird, eine Vorlage zugehen, welche für den erneuten Wettbewerb für ein Denkmal Kaiser Wilhelm's die Schloßfreiheit als Bedingung der Lösung der Aufgabe hinstellt. Nach einem Berliner Telegramm der „Hamburger Nachrichten" wird die kaiserliche Privatschatulle zum Ankauf der Häuser an der Schloßfreiheit behufs Errichtung des Kaiser-Wilhelm-Denkmales 5 Millionen Mark beisteuern.

* Aus der päpstlichen Nunciatur in München wird bekannt, daß der Vatican dem neuernannten Münchener Erzbischof die Bestätigung nicht versagen, aber daß eine päpstliche Kundgebung erfolgen werde, weil die bayerische Regierung nicht, wie früher üblich, vorher in Rom angefragt habe.

* * *

* Unter den Gründen, welche den Erzherzog Johann in Ungnade gebracht haben, war in verschiedenen Blättern auch seine Thätigkeit für die Thronbesteigung des Prinzen Ferdinand von Coburg hervorgehoben worden. Dem wird nun von dem Petersburger Correspondenten der „Kölnischen Zeitung" widersprochen. Sein Gewährsmann ist der von seiner bulgarischen Mission bekannte General Kaulbars, welcher als russischer Militairbevollmächtigter in Wien mit dem Erzherzog genau bekannt geworden war. Kaulbars schildert dessen Beziehungen zum Prinzen als die denkbar schlechtesten. Der Erzherzog war der Vorgesetzte des Prinzen, sprach von diesem stets in der wegwerfendsten Weise, schilderte ihn auch als ganz unfähig für den Dienst, und Thatsache ist, daß der Prinz von seinem erzherzoglichen Vorgesetzten ein so schlechtes Dienstzeugniß erhielt, daß er ausschließlich aus diesem Grunde damals seinen Abschied erbat und in die Landwehr übertrat. Unter diesen Umständen ist es wenig wahrscheinlich, daß der Erzherzog sich irgendwie für die Anwartschaft des Prinzen erwärmt habe. Seine Thätigkeit nach dieser Richtung bezog sich vielmehr auf seine eigene Person. Johann wünschte Nachfolger des Fürsten Alexander zu werden.

* In dem vom schweizerischen Bundesrathe nun zu Ende berathenen Budget für 1890 sind die Ausgaben für das neue kleinkalibrige Gewehr nebst Munition auf etwa 9 Millionen Francs angesetzt worden. Die Fabrikation der einzelnen Gewehrtheile ist bereits vergeben. Die Fabrik Neuhausen hat davon das Meiste, für etwa 2½ Millionen, zu liefern. Die Zusammensetzung der Gewehre besorgt die Waffenfabrik Bern.

* Wie aus Rom berichtet wird, soll der bei dem Papste in besonderer Gunst stehende spanische Botschafter in Wien, Marquis Mereh de Val, seinem Wiener Posten verlassen und denselben mit dem Botschafterposten beim Vatican vertauschen.

* In warmen Worten begrüßt die „Morning Post" die Heirath des Kronprinzen von Griechenland mit der Prinzessin Sophie. Der neu geschlossene Bund erscheint ihr zugleich als bedeutungsvoll für die Beziehungen zwischen Griechenland und dem deutschen Reich und dadurch für die orientalische Frage, welche immer noch Gegenstand weiter Erwägungen ist. Sie hofft vor Allem, durch den deutschen Einfluß die nationalen Bestrebungen der Griechen gemäßigt zu sehen, und fährt dann fort:

Wie viel der junge Kaiser für die Erhaltung des Friedens in Europa zu thun vermag, kann man nicht sagen. Die französischen Blätter sprechen die Vermuthung aus, der Besuch in Athen und Konstantinopel würde Zugeständnisse der Türkei an Griechenland — oder vielleicht noch mehr — in der Kretafrage bewirken. Eine wenn auch unvollkommene Lösung dieser Angelegenheit würde das schönste Hochzeitsgeschenk des Kaisers an seine Schwester und ein deutliches Zeichen seiner berechtigten Ansprüche auf den Ruf eines großen Staatsmannes sein. Die Friedensfreunde der ganzen Welt würden es mit Freuden begrüßen, wenn der Säbelsicht ein Feld verschlossen wird, auf dem sie mit Erfolg gesäet hat. Was jedoch darin möglich ist, mögen die Götter wissen. Für uns Engländer reicht es aus, wenn wir die Wohlfahrt des eigenen Landes, das England soviel verdankt, durch einen Bund gefördert sehen, der für die Erhaltung des Friedens in Europa die besten Aussichten bietet.

* Am Mittwoch wurde in Marlboro in dem Processe wegen Ermordung des Polizei-Inspectors Martin in Gweedore das Urtheil gefällt: Ein Angeklagter wurde zu lebenjähriger, zwei Angeklagte zu siebenjähriger, einer zu fünfjähriger Zuchthausstrafe wegen Todtschlags verurtheilt; zehn Angeklagten sind Gefängnißstrafen von 3—6 Monaten zuerkannt worden. Der katholische Priester Maclaudon, bei dessen Verhaftung wegen Vergehens gegen das irische Zwangsgesetz die Ermordung des Inspectors Martin sich zutrug, wurde freigelassen gegen Bürgschaft, daß er sich, falls dies verlangt werde, zur Verkündigung des über ihn zu fällenden Urtheils dem Gerichte stelle.

Zur parlamentarischen Lage.

** Berlin, 30. October. Der zweite Tag der Generaldebatte über den Etat war unvergleichlich interessanter als der erste. Nachdem Abg. v. Wedell-Malchow Namens der deutsch-conservativen Partei eingehendste Prüfung der Eingaben in der Budgetcommission befürwortet, vertritt er dem Abg. Rickert gegenüber die Nothwendigkeit der landwirthschaftlichen Zölle und bestritt, daß durch dieselben eine Vertheuerung der Lebensmittel verbunden sei. Abg. Bebel hielt fast dieselbe Rede, welche er schon wiederholt bei der Budgetberathung im Reichstag zum Besten gegeben. Alles Unheil in der Welt sei lediglich eine Folge der Annexion Elsaß-Lothringens, in Folge der Rückeroberung dieser kerndeutschen Provinzen seien Deutschland, Frankreich und alle anderen Culturstaaten gezwungen, fortdauernd zum Kriege zu rüsten. Dabei stehe Deutschland in jeder Beziehung weit hinter Frankreich und England zurück. Die deutsche Bourgeoisie sei charakterlos und feige, unser Staat sei ein Classenstaat, die Socialdemokraten aber wollen den „Volksstaat" herstellen, welcher ein wahrer „Rechtsstaat" sein würde. Der Kriegsminister General v. Verdy du Vernois wies sofort die Behauptungen des Redners über das Verhältniß der Rüstungen Deutschlands und Frankreichs als unbegründet zurück und betonte, daß Deutschlands Fürsten mit ihrem Volke einig seien in dem Bestreben, den Frieden aufrecht zu erhalten. Verwahrung legte der Kriegsminister auch dagegen ein, Rußland als Deutschlands Erbfeind zu bezeichnen.

Von bedeutender Wirkung war wieder die Rede Rudolf v. Bennigsen's, welche durchweht war von patriotischem Geiste und die reife, überlegene Einsicht des durch geschichtliche Kenntnisse ausgezeichneten und im praktischen Leben erprobten Staatsmannes in jedem Satz erkennen ließ. Abgeordneter v. Bennigsen zeigte, daß wir den Frieden 18 Jahre hindurch nicht hätten erhalten können, wären wir nicht die Zeit über tüchtig gerüstet gewesen. Bebel's Vergleich mit anderen Ländern sei als unpassend zurückzuweisen und dessen Ausführungen über die Bildung eines „Volksstaats" charakterisiren sich selbst — es würde im Staatswesen kein Stein auf dem anderen belassen werden. Bezüglich des Etats gab der Redner der Erwartung Ausdruck, daß in der Budgetcommission nähere Aufklärungen über die Mehrforderungen gegeben werden würden, inzwischen hält er die Schaffung eines verantwortlichen Reichs-Finanzministers für eine staats- und verfassungsrechtliche Nothwendigkeit. Schließlich geißelte er das unpatriotische Gebahren Derer, welche bemüht sind, Deutschlands Zustände in der abfälligsten Weise zu schildern. Von einer „traurigen Reaction" könne keine Rede sein. Im Auslande sei man stolz darauf, sich als Deutsche zu bekennen und im Inlande sei man durchweg mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden.

Recht schwächlich waren nach dieser Rede die Witzversuche des Herrn Windthorst, welcher wieder etwas Culturkampf aufspielte und sodann, in Bebel's Horn stoßend, über die „zumuthende Verarmung" Deutschlands klagte. Herr v. Kardorff stimmte im Ganzen v. Bennigsen's Ausführungen bei.

Die Debatte wurde alsdann abermals vertagt. Morgen soll Herr Richter, der Selbstherrscher aller Fortschrittsdemokraten, das Wort erhalten, welcher wohl den entsetzlichen Eindruck der Rickert'schen Rede in etwas vergessen machen soll. Im Ganzen wissen wir ja, was er sagen wird, auch seinen Ergüssen in der von ihm „begründeten" „Freisinnigen Zeitung". Zum Ueberfluß widmet er in diesem Blatte heute Abend den Herren Bebel und Windthorst bereits überschwengliches Lob, was er ja seinen Bundesgenossen im nächsten Wahlfeldzuge auch schuldig ist. In jedem Falle wird morgen die Generaldiscussion des Etats beendet, worauf am Freitag die Budgetcommission, welche wieder Herrn von Bennigsen zum Vorsitzenden gewählt hat, ihre Arbeiten beginnt. Von nationalliberalen Abgeordneten gehören der Commission noch an die Herren Hobrecht, Dr. Hammacher, Dr. Bürklin, Kalle, Büsing und Dissené.

NLC. Berlin, 30. October. In der deutschfreisinnigen und noch mehr in der ultramontanen Presse wird bei Besprechung der Socialistenvorlage immer und immer wieder der irisch-gemeinrechtlichen Bestimmungen anläßlich eines Specialgesetzes gedacht. Man wird daher wohl erwarten dürfen, daß die beiden Parteien im Verlauf der parlamentarischen Verhandlungen den Versuch machen werden, gemeinrechtliche Bestimmungen zu beantragen, mit denen die Gefahren der Umsturzagitation ohne eine Schmälerung der allgemeinen politischen Freiheitsrechte wirksam bekämpft werden können. Solche Versuche würden gewiß allenthalben die entgegenkommendste Aufnahme und sorgfältigste Prüfung finden. Es muß aber festgestellt werden, daß seit dem vor langen Jahren eingebrachten, kläglich verunglückten und von den Urhebern selbst preisgegebenen Antrag Hänel niemals ein parlamentarischer Versuch unternommen worden ist, die allgemeine verfassungsmäßige Pflicht der Richter zum gemeinen Recht in concrete gesetzgeberische Bestimmungen umzugießen. Diejenigen Parteien, die fortwährend diese Forderung erheben und die überdies durch ihre wiederholte Zustimmung zu den bestehenden Gesetz an denselben mitverantwortlich sind, haben die moralische Verpflichtung, nunmehr überhaupt statt allgemeiner Redensarten mit positiven Vorschlägen zum Ersatz dieses Gesetzes hervorzutreten, wenn sie nicht der Absicht sind, daß man einfach zu den vor Erlaß des Socialistengesetzes dagewesenen Zuständen zurückzukehren habe.

Die neueste vom Bureau des Reichstages herausgegebene Fractionsliste zählt auf: 76 Mitglieder und 1 Hospitanten der deutschconservativen Fraction, 39 Mitglieder der Reichspartei, 99 Mitglieder und 4 Hospitanten des Centrums, 13 Mitglieder der polnischen Fraction, 91 Mitglieder und 2 Hospitanten der nationalliberalen Fraction, 35 Mitglieder der deutschen freisinnigen Partei, 11 Mitglieder der socialdemokratischen Fraction, 25 Fractionslose, darunter 14 Elsaß-Lothringer. Uebrigens ist in dieser Zusammenstellung der Abg. Dr. Deehna irrthümlich als fractionslos bezeichnet, während er bereits seit zwei Sessionen der nationalliberalen Fraction beigetreten war. Der letzteren ist also noch ein Mitglied mehr hinzuzurechnen.

Die erste Berathung des Socialistengesetzes im Reichstag wird am Montag beginnen.

Abg. v. Huene, unterstützt vom Centrum, hat einen Antrag, betreffend die Befreiung der Geistlichen von der Wehrpflicht, im Reichstage eingebracht.

Zu den Reichstagswahlen.

* Ueber die württembergischen Reichstagscandidaten entnehmen wir einem Stuttgarter Bericht des „Frankfurter Journals" folgende Angaben: Von den 17 württembergischen Wahlkreisen bleiben drei, Ellwangen, Biberach und Ravensburg, voraussichtlich außer Betracht, da sie ganz überwiegend katholisch und ländlich sind und für die Liberalen wenig Boden bieten. Von den 14 verbleibenden Wahlkreisen ist unser Schwerpunktkind der 15., Eßlingen. Bis 1881 war er freiconservativ vertreten, weil die nahere Stadt Eßlingen und einige andere liberale Oasen in der ultramontanen Wüste zusammen mit den 36 Procent protestantischer Wähler immer den Sieg erfechten; seit neun Jahren ist aber auch dort das Centrum Herr geworden und gebieten, obwohl mit einem Freiherrn v. Ulm-Erbach einen Bayard ohne Furcht und Tadel hatten, welcher ebenso kerndeutsch als gut katholisch, aber nicht ultramontan war. Ob wir 1890 die Scharte auswetzen werden, bleibt einstweilen dahingestellt. Von den 13 weiteren Wahlkreisen sind folgende 9 vertheilt: Im 1. (Stuttgart) candidirt Siegle, im 2. (Cannstatt) Bürkl, im 3. (Heilbronn) Frech. von Ellrichshausen, im 7. (Calw) Freih. von Gültlingen, im 8. (Frendenstadt) Freiherr Hans von Ow, im 10. (Göppingen) Fabrikant Bareiß, im 11. (Hall) Reichsanwalt Hermann, im 12. (Crailsheim) Oberstlieut. Keller, im 14. (Ulm) Bürgrem ister Fischer von Augsburg. Wie man sieht, treten acht bisherige Abgeordnete auch Neue auf. Im 4. (Böblingen) hofft man Freih. von Ruesch wieder zu gewinnen. Im 5. (Eßlingen) wird entweder Fabrikant Richard Merkel von Eßlingen oder ein hochgeehrter Veteran der Partei, Kammerjunker Otto von Rötteken, candidiren. Im 6. (Tübingen) wird man an Haußer festhalten. Ob sich im 9. (Rottweil) steht noch nicht fest, ob Oekonomierath Burkhardt bei seiner leidenden Gesundheit nochmals zu gewinnen ist; sein Rücktritt würde den Besitz schwer gefährden. Im Ganzen aber ist die Hoffnung berechtigt, daß wir die 13 aus 1887 zugefallenen Kreise in ihrer übergroßen Mehrheit behaupten werden.

Colonialpolitisches.

* Dem an den Bundesrath erlangten **Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung und Unterhaltung einer Postdampfschiffsverbindung mit Ost-Afrika,** sind mehrere Anlagen beigegeben, welche eine zahlenmäßige Uebersicht über die ostafrikanische Einfuhr und Ausfuhr Hamburgs und Bremens während der letzten Jahre, über den Handel Zanzibars, über den Handel der portugiesischen Besitzungen in Ost-Afrika und der südafrikanischen Republik, sowie über die Werthe der von und nach dem Vertragsgebiete der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft in der Zeit vom 18. August 1888 bis 18. August 1889 ein- und ausgeführten Producte und Waaren gewähren. Trotzdem ein Theil dieser Zahlen bereits bekannt ist, wollen wir doch im Zusammenhange wenigstens die einzelnen Schlußergebnisse der Anlagen erwähnen.

Danach hat die Einfuhr von Ost-Afrika nach Hamburg in den Jahren 1884 bis 1888 den Werth von 6 618 150 ℳ, nach Bremen von 24 780 ℳ gehabt. Die Einfuhr nach Hamburg ist von Jahr zu Jahr gestiegen, sie hat im letzterwähnten Jahre 1 430 680 ℳ betragen. Die Ausfuhr von Hamburg nach Ost-Afrika hat in den genannten fünf Jahren den Werth von 14 404 061 Mark, die von Bremen 717 213 ℳ erreicht. Für beide Städte ist auch die Ausfuhr von Jahr zu Jahr gestiegen. Der Hamburger Export bezifferte sich 1888 auf 3 564 664 ℳ, der Bremer auf 407 316 ℳ.

Was den Handel Zanzibars betrifft, so belief sich derselbe nach den Angaben der früheren indischen Zollpächter von Zanzibar für das letzte Jahr ihrer Verwaltung vom August 1888/89 auf insgesammt 27 040 000 ℳ, wovon auf den deutschen Antheil 3 040 000 ℳ entfallen. Jedoch darf als sicher gelten, daß diese Angaben der indischen Zollpächter zu niedrige Zahlen enthalten, wie es überhaupt schwierig ist, den deutschen Antheil am Handel Zanzibars zu schätzen, da ein großer Theil der deutschen Waaren den Weg über England oder Ostindien nach Deutschland nimmt. Die bedeutend der indirecte Verkehr zwischen Zanzibar und Deutschland ist, geht schon daraus hervor, daß von den 1887 in Hamburg eingeführten 215 800 kg Nelkenstengeln nur 51 500 kg von Zanzibar, 105 500 kg direct von Großbritannien, von den eingeführten 138 000 kg Nelken 9800 kg von Zanzibar und 117 200 kg von Großbritannien kamen. Da nun an Sultanat Zanzibar über 90 Proc. der gesammten Nelkenproduction der Welt hervorgebracht wird, so dürften auch die aus anderen Plätzen nach Hamburg eingeführten Nelken und Nelkenstengel zum größten Theile von dort stammen. Aehnliche liegen die Verhältnisse für den Handel mit Elfenbein. Ostafrika liefert diesen Artikel nicht nur in sehr beträchtlicher Menge, sondern namentlich auch in werthvollster Qualität. Vermöge der Ueberlegenheit seiner Dampferverbindungen beherrscht England den Markt im Elfenbeinhandel; die regelmäßigen Auctionen in London und Liverpool sind für die Preisbildung maßgebend. Diese Abhängigkeit des deutschen Elfenbeingeschäfts von England ist um so drückender, als Deutschland in der Elfenbeinindustrie den ersten Platz behauptet. Einem neueren Berichte des deutschen Generalconsuls in Zanzibar zufolge kann für das Jahr 1883 nach einer zuverlässigen Schätzung als wirklicher Antheil Deutschlands am Handel Zanzibars mindestens ein Fünftel angenommen werden. Seitdem hat sich das Verhältniß jedenfalls nicht verschlechtert. Der Gesammthandel von Zanzibar darf auf 15 000 Tons jährlich beziffert werden. Wenn es der deutschen Linie gelänge, an diesem schon jetzt vorhandenen Quantum Antheil von etwa 13 000 Tons zu erobern, so würde allein der Platz Zanzibar für jede der 26 Fahrten schon je 500 Tons liefern. Namentlich würde voraussichtlich ein erheblicher Theil der Verschiffungen der drei amerikanischen Firmen in Zanzibar, deren Geschäftsumfang fast dem deutschen Antheil an dem dortigen Handel gleichkommt, der geplanten Linie zufallen, da die Verbindungen zwischen Nordamerika und Amerika mindestens ebenso gut sind wie diejenigen zwischen England und den Vereinigten Staaten und dabei die Umladung in Aden gespart würde.

Der Handel der portugiesischen Besitzungen in Ostafrika und der südafrikanischen Republik ist im fortwährenden Steigen begriffen. Was dabei die Provinz Mozambique betrifft, so giebt dafür das sprechendste Zeugniß der Einnahmen aus den Zöllen die beste Bestätigung. Der Antheil des deutschen Handels an dem Gesammtantheil der Provinz Mozambique betrug nach der officiellen Statistik im Jahre 1885 über ½ Million Mark. Daß dasselbe inzwischen bedeutend gewachsen ist, erhellt aus der Angabe des deutschen Handelsarchivs, wonach allein im District Mozambique die deutsche Ein- und Ausfuhr im Jahre 1887 sich auf 1 171 620 ℳ belief; diese Zahl berücksichtigt dabei nur den directen Verkehr und dürfte sehr erheblich hinter dem wirklichen Betrage zurückbleiben. Auch an dem in steter Entwickelung befindlichen Verkehr der südafrikanischen Republik sind der deutsche Handel und die deutsche Industrie in hervorragendem Maße interessirt. Insbesondere ist dies hinsichtlich größerer Unternehmungen, als Eisenbahn-, Brücken- und Hafenbauten der Fall. In der Südafrikanischen Republik ist man bestrebt, durch baldige Ausführung des Projects eines Schienenweges nach Pretoria bis zur portugiesischen Grenze dem Verkehr die wichtige Verbindung nach dem Hafen von Laurenco-Marquez zu sichern. Eine directe Dampfschiffahrtslinie würde daher unserem Gewerbe im Wettbewerb mit dem Auslande auch mit Bezug auf dieses aussichtsvolle Gebiet wesentliche Dienste leisten.

Die letzte Uebersicht über die Werthe der von und nach dem Vertragsgebiet der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft in der Zeit vom 18. August 1888 bis 18. August 1889 ein- und ausgeführten Producte und Waaren ergiebt, daß der Import den Gesammtwerth von 2 478 389,45 ℳ, der Export den Werth von 4 388 199,80 ℳ erreichte.